



Akademie
Solidarische
Ökonomie

www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Unterwegs in die Zukunft

Warum wir eine andere Welt wollen und wie sie aussehen könnte

Die Akademie Solidarische Ökonomie hat sich zum Ziel gesetzt, ein Modell lebensdienlicher Ökonomie zu entwickeln und zur Diskussion anzubieten. Es geht dabei um gesellschaftliche Rahmenbedingungen, welche gelingende Beziehungen zwischen Menschen sowie zwischen Menschheit und Natur ermöglichen. Denn nur dann ist ein Gesellschaftssystem zukunftsfähig.

Endredaktion: Norbert Bernholt, Christoph Ecken, Klaus Simon
März 2017

Zeichen der Zeit

Die kapitalistische Wirtschaft ist von unglaublicher Innovationskraft. Sie hat den Fabrikmädchen die Seidenstrümpfe der Königinnen gebracht. Vorbei ist die Plage körperlicher Arbeit, technische Geister aller Art sind uns dienstbar. Wir leben in den Industrieländern heute doppelt so lange wie im Mittelalter, und den meisten geht es materiell so gut wie noch nie.

Zugleich sterben Menschen am Hunger (2012 verhungerten weltweit 18 Millionen). Viele sind extrem arm (2015 waren es noch immer 836 Millionen). Der Mangel am Nötigsten sowie Waffengewalt zwingen Menschen zum Verlassen ihrer Heimat (60 Millionen sind derzeit auf der Flucht). Der internationale Terrorismus erhält immer mehr Zulauf. Die Folgen von Industrialisierung und Konsum überfordern zunehmend das Ökosystem; längst sind unsere Lebensgrundlagen ernsthaft beeinträchtigt (Luft, Boden, Wasserhaushalt, Artenvielfalt, ...). Kommunen und Staaten können wegen ihrer Schuldenlast nur noch eingeschränkt agieren. Durch Spekulationsblasen kommt es immer wieder zu Finanzkrisen. Und die Drohkulisse des sogenannten Nuklearpotentials hält nach wie vor eine aberwitzige Waffenwirkung abrufbereit: umgerechnet siebzehntausend Handgranaten je Erdbewohner!

Die Summe dieser Krisenerscheinungen stimmt nachdenklich. Eigentlich geht es uns nicht so gut, sondern so schlecht wie noch nie: Wir leben auf einem Pulverfass. Wie ist es dazu gekommen?

Ursache und Wirkung

Gesellschaftliche Krisen fallen nicht vom Himmel, sondern entstehen innerhalb ihrer jeweiligen Epoche, in unserem Falle also der kapitalistischen Epoche. Aber was eigentlich ist Kapitalismus?

Kapitalismus kommt von Kapital – wie der Name schon sagt. Dabei ist Kapital nicht einfach eine Anhäufung von Geld- oder Sachwerten. Sondern aus Geld wird Geldkapital, und aus Sachwerten wird Sachkapital, wenn sie *investiert* werden: z.B. zur Vorfinanzierung der Produktion. Und im Kapitalismus dienen solche Investitionen fast immer dem Zweck, eine zusätzliche Vergütung zu erzielen. D.h. der Kapitaleigner legt sein Kapital dort an, wo er nicht nur dieses Kapital zurückerhält, sondern auch eine möglichst hohe Rendite („Kapitalverwertung“). Er wird das um Rendite vermehrte Kapital dann erneut anlegen und wiederum vermehrt zurückerhalten („Kapitalakkumulation“).

Nun ist dieser Kapitaleinsatz nicht etwa wegen des oft zitierten Kleinunternehmers problematisch, der sich damit einen maßvollen Gewinn erwirtschaftet. Vielmehr wird das System durch Großkapitaleigner entscheidend bestimmt, welche leistungslos Milliarden Gewinne scheffeln – sei es durch Spekulation oder das bloße Überlassen ihres Kapitals. *Das* macht den Kapitalismus im Grunde aus: riesige Mengen von Kapital werden zum Zwecke der privaten Profitaneignung eingesetzt. Rendite und Privatisierung bilden dabei die Leitprinzipien.

Die so umrissene kapitalistische *Wirtschaftsweise* braucht für das reibungslose Umsetzen des Renditedenkens natürlich einen geeigneten Ordnungsrahmen. Das betrifft insbesondere:

- Ein Geldsystem, welches das Kapital- und Vermögenswachstum flexibel unterstützt. Das herrschende Geldsystem ist ein Schuldgeldsystem, denn dabei wird neues Geld per Kreditvergabe durch private Geschäftsbanken geschaffen („Giralgeld“).
- Eine Eigentumsordnung, welche die private Verfügungsmacht über Kapital und Vermögen sicherstellt. Die herrschende Eigentumsordnung ermöglicht eine in jeder Hinsicht unbegrenzte Anhäufung von Vermögen.
- Eine regulierende Rechtsordnung (z.B. Kartell- und Tarifrecht), ferner die Bereitstellung öffentlicher Güter (z.B. Bildung, Infrastruktur) sowie ein Regelwerk für das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage. Im herrschenden System ist all das in Form einer Marktwirtschaft ausgebildet.

Zusammen mit diesem Ordnungsrahmen wird aus der kapitalistischen *Wirtschaftsweise* die kapitalistische *Gesellschaftsformation*, in der sämtliche sozialen, ökologischen und ökonomischen Belange an der Logik des Kapitals ausgerichtet sind. In dieser Gesellschaft steht das Ziel der Eigenkapitalrendite vor allen anderen Zielen. Von der Bildung über das Gesundheitswesen bis zum Umweltschutz unterliegt alles dem Vorbehalt der Gewinnerzielung. Die Gesellschaft ökonomisiert sich, andere als ökonomische Werte gelten als zweitrangig. Es herrschen Konkurrenz und Verdrängungswettbewerb. Gewinne werden privatisiert, ökologische und soziale Folgekosten werden auf Natur und Gesellschaft abgewälzt („Externalisierung“). Das Zurückdrängen staatlicher Einflussnahmen („Deregulierung“) und die Globalisierung dienen zur hemmungslosen Durchsetzung der Kapitalinteressen. Die marktwirtschaftlichen Grundsätze Chancengleichheit, freie Information und freier Wettbewerb sind durch Subventionen und die Machkonzentration der Großkonzerne bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Und genau diese kapitalistische *Gesellschaftsformation* lässt sich nun als Ursache der anfangs genannten Krisen erkennen. Im Einzelnen:

Soziale Krisen: Die weltweite soziale Schieflage ist das Ergebnis einer rasant zunehmenden Fehlverteilung von Einkommen und Vermögen. Die 8 reichsten Milliardäre besitzen mittlerweile bereits so viel wie 3,6 Milliarden Menschen: die ärmere Hälfte der gesamten Weltbevölkerung! Auch in Deutschland waltet diese zunehmende Tendenz: hier hält das oberste Zehntel mittlerweile zwei Drittel allen Nettovermögens, während sich die Habe von 50 Prozent des Volkes zu nahezu null saldiert. All das ist die unvermeidliche Folge davon, dass Kapital vermehrt zu seinem Eigner zurückkehrt und danach wieder neu investiert wird. Beim Monopolspiel kann man sehen wohin das führt: Nach einiger Zeit hat einer fast alles und alle haben fast nichts. Die Reichen werden also immer reicher und zugleich die Armen immer ärmer: es wirkt eine gigantische Umverteilungsmaschine, die immerfort Geld von unten nach oben saugt. So erklärt sich auch die eingangs erwähnte Hunger- und Entwicklungskrise.

Ökokrise: Die stetig wachsende Belastung des Ökosystems (sowohl durch Verbrauch von Rohstoffen als auch durch Ausstoß von Abfällen und Schadstoffen) ist eine Folge der wachsenden Wirtschaft. Und das Wirtschaftswachstum aber ist ebenfalls durch den Kapitaleinsatz bedingt. Es ist doch völlig klar: wenn in einer Volkswirtschaft das im Vorjahr vermehrte Kapital erneut investiert werden soll, verlangt das eine nun vermehrte Wirtschaftstätigkeit. Im Kapitalismus besteht also Wachstumszwang! Das ist der Grund, warum die Wirtschaft immerzu wachsen soll und auch wirklich wächst – und zusammen mit ihr wachsen dann aber leider auch Ressourcenplünderung und Schadstoffausstoß.

Schuldenkrise: Ebenso ist die allgemeine Überschuldung – insbesondere der öffentlichen Hand – eine direkte Folge des Wirtschaftswachstums und geht gleichfalls auf den Kapitaleinsatz zurück. Denn die wachsende Wirtschaft benötigt eine wachsende Geldmenge, welche die Geschäftsbanken per Kredit (= Schulden!) in Umlauf bringen. Dadurch steht den wachsenden Guthaben eine wachsende Menge von Schulden gegenüber, die jemand aufnehmen und mit Zins bedienen muss. Durch Schulden, Steuerflucht, Subventionen oder auch infolge der Kreditlast aus Entwicklungszusammenarbeit werden die Staaten regelrecht demontiert. Sie sind hoffnungslos überschuldet und können ihre Kernaufgaben zur Versorgung der Grundbedürfnisse immer weniger erfüllen. Die weltweiten Verlierer dieser Entwicklung sind die Unterschichten der Bevölkerungen.

Zyklische Finanzkrisen: Durch Kapitaleinsatz wachsen die Vermögen, und daraus resultiert eine wachsende Menge von Kapital, das erneut Anlagen sucht. Dies führt zu fragwürdigen Kreditvergaben sowie Spekulation und dann zum Platzen von Spekulationsblasen – umso mehr als sich Geschäftsbanken zusätzliches Spekulationskapital in Billionenhöhe gegenseitig per Kredit verschaffen. Geraten sie dabei in Bedrängnis, sind Staat und Steuerzahler bei Strafe einer Wirtschaftskrise gehalten, die Banken zu „retten“, d.h. deren Spekulationsschulden zu übernehmen. Dies schwächt die Staaten zusätzlich.

Militärische Bedrohung: Auch die militärische Gefahr ist eine direkte Folge des Kapitaleinsatzes, denn das fortwährende Anhäufen von Gewinnen führt zu immer größeren Konzernen und damit zur Machtkonzentration. Reichlich 1.300 Konzerne kontrollieren heute 80 Prozent des gesamten Welthandels, und ihre Interessen beherrschen die Politik der Nationalstaaten. Sie greifen bei ihrem Kampf um neue Rohstoff- und Absatzmärkte auch zu militärischen Mitteln, oft in Form lancierter Bürgerkriege (Beispiel Kongo). Obendrein ist für die Konzerne das Waffengeschäft durch Kriege und Wettrüsten ein wesentliches Profitpotenzial.

Die genannten Krisen sind zwar verschieden, doch sie haben eines gemeinsam: die Ursache! Sie alle sind ein Ergebnis der fortdauernden Anhäufung von Kapital oder werden dadurch zumindest verschärft. Und diese Krisen führen zu Folgekrisen, z.B. zur Flüchtlingskrise: Abermillionen Menschen sind durch Krieg und Hunger an Leib und Leben bedroht – doch wo sollen Abermillionen Asyl finden? Oder zur Terrorgefahr: Wenn so viele Menschen wie derzeit sich gedemütigt fühlen und nichts mehr zu verlieren haben – werden wir dann noch ruhig leben können? Alle diese Schwierigkeiten wurzeln letztlich im Kapitalismus.

Mensch und System bedingen einander

Kapitalismus ist kein Naturgesetz. Wie alle Gesellschaftssysteme ist er das Ergebnis menschlicher Bestrebungen.

Wir Menschen sind Teil des Weltganzen. Wie gut es uns geht, hängt davon ab, ob wir unsere Beziehung zu diesem Ganzen vorteilhaft gestalten: unsere Beziehung zu Dingen, Natur und anderen Menschen. Uns stehen ausreichend Fähigkeiten zur Verfügung, dies auch zu tun. Allerdings entspringt unser Antrieb immer dem Spannungsfeld widerstreitender Pole, die wir täglich ausbalancieren: z.B. Eigensucht und Fürsorge, Hass und Liebe, Ignoranz und Offenheit. Wir können uns sowohl egoistisch gegen andere durchsetzen als auch kooperativ das erreichen, was sich alleine nie erreichen ließe. Dabei spielt jedoch für uns Menschen – anders als noch bei Krokodilen – das evolutionäre Prinzip der *Kooperation* die größere Rolle. Wir werden über ein komplexes System von Wohlfühl-Botenstoffen andauernd zur Kooperation motiviert! Dies lässt sich kaum anders deuten, als dass soziale Gemeinschaft und gelingende Beziehungen das natürliche Ziel der Entwicklung darstellen: *Dieses Ziel* wollen wir eigentlich erreichen. Führt uns Kapitalismus an dieses Ziel?

Eine Zeit lang schien es so. Denn im 20. Jahrhundert mauserte sich das System zu einem Teilhabe-Kapitalismus, unter dem es auch den Arbeitenden besser ging als je zuvor. Man konnte sich nun etwas leisten, und wenn es nicht mehr am Nötigsten fehlt, dann gelingen auch Beziehungen besser. Habenwollen stellt im Grunde einen unbescholtenen Antrieb dar. Über das Streben nach Mehr können Menschen ihre Armut überwinden. Doch es ist wie beim Fischer und seiner Frau: sobald die wesentlichen Bedürfnisse erfüllt sind, wird aus dem nützlichen Streben nach Mehr unversehens ein unnützes Streben nach Immer-mehr. Und dieses Immer-mehr verspricht ein Glück, das sein Versprechen nicht halten kann. Längst befindet sich das Viel-Haben im Widerspruch zum Gut-Leben (Niko Paech).

Dem Kapitalismus ist es gelungen, unseren egoistischen Antrieb zu stärken und zugleich unseren kooperativen Antrieb zu dämpfen. Das Streben nach Besitz und Macht fungiert dabei als Ersatz für Zuwendung und Anerkennung. Der aggressive Verdrängungswettbewerb marktradikaler Ökonomie wird als angeblich naturgegebener Kampf ums Dasein gerechtfertigt, und dieser Kampf kennzeichnet nicht nur die Kultur der Wirtschaft, sondern auch die der Individuen. Der Erwerb materieller Güter dient der Demonstration des eigenen Status, und damit kämpfen Menschen um ihren Rang in der sozialen Hierarchie. Hast du was, dann bist du was! Die daraus folgende Konsumspirale ist das Gegenstück zur Spirale des Wirtschaftswachstums, und ohne dieses Gegenstück könnte das System nicht überleben: Kapitaleigner und Konsumenten treiben gleichermaßen den Kapitalismus an!

Somit wird klar: Wenn sich etwas ändern soll, dann müssen wir jetzt aufhören, den Kapitalismus „zu machen“ (John Holloway). Eine Änderung des Gesellschaftssystems setzt demnach eine Änderung des Bewusstseins der Individuen voraus. Ohne diese Einsicht hat es keinen Sinn, sich überhaupt mit Systemfragen zu befassen. Doch nützt der Wandel des Bewusstseins nur wenig, wenn dann kein alternatives Gesellschaftssystem zur Verfügung steht. Es sind Neuerungen im Gesetzes- und Verfas-

sungsrang erforderlich, um das kapitalistische System zu verlassen. Die müssen durchdacht und demokratisch diskutiert werden. Dafür ist es höchste Zeit.

Die Suche nach dem Ausweg

Die Geschichte kennt durchaus Versuche, das soziale Ungleichgewicht des Kapitalismus zu begrenzen. So hat der „New Deal“ des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt nicht etwa die Grundwidersprüche des Kapitalismus überwunden, wohl aber das Gesicht des Systems über vier Jahrzehnte hinweg völlig verändert: Mit Spitzensteuersätzen um 90 Prozent auf hohe Einkommen gelang es ab 1940, den Anteil des obersten Zehntels stabil auf ein Drittel aller U.S.-Markteinkommen zu begrenzen. Das nun der Gesellschaft reichlich zufließende Geld führte zu unglaublicher nationaler Wohlfahrt – die noch heute als Mythos durch die Köpfe geistert, während längst jeder siebente U.S.-Amerikaner von Essenmarken lebt (ab Ende der 1970er Jahre wurde die Reform Schritt für Schritt wieder demonstriert).

Gegenwärtig gibt es ein anderes Reformbemühen, nämlich das für den Kapitaleinsatz notwendige Wirtschaftswachstum von weiteren Belastungen des Ökosystems zu entkoppeln. Effiziente und naturverträgliche Technologien sollen dies erreichen. Doch die bisherige Bilanz ist ernüchternd. So wurde bspw. zwischen 1970 und 2001 die Effizienz von Flugzeugtriebwerken um den Faktor 3 gesteigert – doch im gleichen Zeitraum wuchs allein der Personenflugverkehr um den Faktor 6! Das Wachstum frisst allen Technologie-Fortschritt wieder auf („Rebound-Effekt“), und die weltweite Belastung des Ökosystems ist heute schlimmer denn je. Die Umweltbelastung muss also schnellstmöglich auf ein nachhaltiges Maß zurückgeführt werden. Und solange unsere Technologien das noch nicht leisten, kann der Weg zur Nachhaltigkeit nur über ein Absenken der Güter- und Dienstleistungs-Produktion sowie des Konsums führen („Schrumpfung“). Ein derartiges Absenken aber ist das schiere Gegenteil von Wirtschaftswachstum und deshalb mit Kapitalismus *unvereinbar*.

Fazit: Das kapitalistische System ist den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mehr gewachsen. Reformen werden seine Probleme nicht lösen können:

1. Die Anhäufung der Vermögen erfolgt mittlerweile völlig ungebremst; unter den Bedingungen global agierenden Kapitals sind Reformen wie die Roosevelts wesentlich schwieriger zu machen.
2. Die kapitalistische Wirtschaft unterliegt einem steten Wachstums- und Beschleunigungszwang: ohne Wachstum keine neuerliche Rendite des vermehrten Kapitals! Deshalb kann es mit diesem System die ökologisch notwendige Absenkung der weltweiten Wirtschaftsleistung nicht geben (bereits eine Abschwächung des Wachstums wäre gefährlich, da der Überlebenskampf der Konzerne dann an Schärfe zunimmt).
3. Die kapitalistische Gesellschaftsformation führt in einen fatalen Entfremdungsprozess. Denn alles Sein ist auf Beziehung und Kooperation angelegt, und ein System, das dies übersieht und stattdessen das Handeln auf Verdrängungswett-

bewerb und Renditemaximierung ausgerichtet, zerstört die Grundlagen des Zusammenlebens. Menschen werden ihrem eigentlichen Sein entfremdet.

Und so zeigt sich an dieser Stelle, dass wir uns die Zukunft besser jenseits des kapitalistischen Systems vorstellen sollten („Postkapitalismus“): Dort – nur dort – befindet sich der Ausgang aus dem Krisenlabyrinth.

Solidarische Ökonomie als Gesellschaftsmodell

Anders als die frühere englische Premierministerin Margaret Thatcher kennt die kritische Wirtschaftswissenschaft eine ganze Reihe von Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Akademie hat Methoden zur vergleichenden Einschätzung solcher Gesellschaftsmodelle entwickelt. Die Modelle unterscheiden sich im Weg, den sie einschlagen: von Änderungen an Markt und Geld bis hin zu einer Wirtschaft ganz ohne Markt und Geld. Welches der Modelle vielleicht eines Tages in die nähere Wahl kommt, werden die Menschen entscheiden. In diesem Papier hier geht es also nur um einen Diskussionsvorschlag.

Die Mehrzahl der Akademiemitglieder spricht sich für das nachfolgend vorgestellte Modell Solidarischer Ökonomie aus. Solidarische Ökonomie ist eine alternative Form des Wirtschaftens, die sich vor allem an sozialen, demokratischen und ökologischen Grundsätzen orientiert. Grundlegend sind Formen von Kooperation und gegenseitiger Unterstützung statt privaten Profits und gnadenloser Konkurrenz. Weitere typische Merkmale sind Eigeninitiative und Selbstorganisation. Diese Wirtschaftsweise wird heute schon in Keimzellen wie etwa Genossenschaften oder im Bereich der solidarischen Landwirtschaft praktiziert. Wenn daraus eine Gesellschaftsformation entstehen soll, so ist auch dabei ein geeigneter Ordnungsrahmen erforderlich: passende gesellschaftliche Rahmenbedingungen – aber nun eben ganz andere als im Kapitalismus.

Um es vorwegzunehmen: es geht bei unseren Vorschlägen weder um sozialistische Planwirtschaft noch kommunistische Diktatur oder Gleichmacherei aller Menschen und Kontinente. Es geht darum, die unheilvolle Zunahme sozialer Ungerechtigkeit und ökologischer Belastung zu beenden. Es ist ein Skandal, dass 1 Prozent Reiche so viel wie die restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung besitzen und dass wir das Ökosystem immer weiter belasten und schädigen – als würde unser Leben gar nicht von ihm abhängen. Es kann kein verschwenderisches „Weiter so“ mehr geben, wir brauchen eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Doch wie könnte diese neue Ordnung aussehen? Ein knapper Überblick der wesentlichen Komponenten:

Eigentum: In einer neuen, am Gemeinwohl orientierten Eigentumsordnung wären folgende Eigentumsformen möglich:

Privateigentum: Als grundlegende Voraussetzung persönlicher Freiheit soll Privateigentum garantiert bleiben. Allerdings können nicht einige wenige Menschen beliebige Mengen von Eigentum anhäufen und vererben: Großvermögen oberhalb einer demokratisch vereinbarten Grenze werden gemeinnützigen Zwecken zugeführt. Es

soll auch Privateigentum an Grund und Boden oder Produktionsmitteln erlaubt sein (unterhalb der Obergrenze). Damit kann aber niemand mehr Rendite erzielen (siehe nächster Punkt).

Gemeineigentum: Ressourcen im weitesten Sinne werden in Gemeineigentum zurückgeführt. Ihre künftige Nutzung handeln die Menschen demokratisch aus. Lokale Gremien organisieren vor Ort die Nutzung der Gemeingüter („Commoning“, z.B. öffentliche Anlagen, Gemeinschaftsgärten). Gremien der Region verwalten die regionalen Gemeingüter (z.B. Energie- und Wasserversorgung). Am Ende der Entwicklung sollte eine Weltgemeinschaft stehen, deren Handlungsprinzipien zuvor auf regionaler und internationaler Ebene erprobt wurden; ihre Gremien verwalten die globalen Gemeingüter (z.B. Atmosphäre, Weltmeere, Ölquellen).

Genossenschaftliches Eigentum: Genossenschaftsmitglieder sind Investoren, Eigentümer und Arbeitende zugleich. Genossenschaften entziehen der Profitsphäre schon heute Teile ihrer Pfründe und können in einem künftigen System eine ideale Eigentumsform von Unternehmen darstellen.

Geldsystem: Wer heute ein Bankkonto hat, verfügt nicht über Geld, sondern nur über ein Rückgabeverprechen privater Geschäftsbanken (welches diese nicht halten können, sobald auch nur zehn Prozent der Kunden gleichzeitig ihr Geld abheben wollen). Wie ließe sich diese Situation verbessern?

Geld bleibt als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel erhalten. Eine unabhängige Zentralbank sorgt für die Verwaltung des Geldes, sie bildet dabei die vierte Gewalt im Staat („Monetative“). Die Zentralbank – und nur sie – steuert die Geldmenge durch Geldschöpfung: alles Geld ist Zentralbankgeld („Vollgeldsystem“). Somit ist das Geld eines Kontos dann auch tatsächlich vorhanden. Das Vollgeld kommt teils per Kredit und teils per Direktfinanzierung in Umlauf (Einschränkung des Schuldgeldprinzips). Regionale Banken haben anders als heutige Geschäftsbanken keine Erlaubnis zur Geldschöpfung, sie agieren im Range von Treuhändern und verwalten das Zentralbankgeld gegen Gebühr in Höhe des Aufwands. Zins darf weder gezahlt noch erhoben werden. Wo es zu Steuerungszwecken nötig ist, wird bei Kreditvergabe eine zusätzliche Gebühr fällig, die an die öffentliche Hand fließt (so lässt sich beispielsweise das Ausufer von Konsumkrediten verhindern, das in vielen Fällen zur existenzbedrohenden Schuldenfalle wird).

Entkapitalisierung: Vielen Menschen ist gar nicht klar, wie sehr die kapitalorientierte Wirtschaft unser Leben bestimmt. Doch die Erträge der Kapitaleigner fallen nicht vom Himmel. Sie werden von uns allen bezahlt – z.B. durch Zinsanteile an den Preisen. Wie könnte eine Ordnung aussehen, in der das überwunden ist?

Gesetze unterbinden sämtliche Formen von Geldgeschäften, Aufgaben der heutigen Börsen wie etwa die Zuordnung von Investitionsmitteln werden durch regionale Banken übernommen. Auch allen weiteren Vermögenswerten (heutiges Sachkapital, Ressourcen, ...) wird per Gesetz ihre Renditemöglichkeit genommen. Das bedeutet: Es gibt weiterhin private Geld- und Sachwerte, und man kann sie auch weiterhin zur Vorfinanzierung der Produktion einsetzen. Doch sie können dabei prinzipiell keine Rendite mehr erzielen: das ist der ganze (aber entscheidende!) Unterschied.

In diesem Sinne ist dann die gesamte Gesellschaft vom Aderlass abfließender Kapitalgewinne entlastet, d.h. im positiven Sinne „*entkapitalisiert*“ (Dirk Löhr). In einfachen Worten: Alleine mit dem Einsatz ihrer Geld- und Sachwerte können private Eigner kein Geld mehr verdienen.

Demokratie: Gelebte Demokratie ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen gesellschaftlicher Beziehungen. Heute bestimmen überall auf der Welt nicht die Menschen über ihr Schicksal, sondern wirtschaftliche Interessen – vorgetragen von einer Politik unter dem Diktat der Wirtschaft. Künftig soll es eine direkte Beteiligung des Volkes an allen wichtigen Entscheidungen geben. Und der Lobbyeinfluss von Kapitaleignern auf Parlamente und Regierungen entfällt, da Geld- und Sachwerte ohnehin keine Rendite mehr tragen können.

Menschen werden mehr als heute selbstorganisierende Strukturen einrichten, wo immer dies möglich und sinnvoll ist (die heutigen Hierarchien bleiben weit hinter den Möglichkeiten der Gesellschaft zurück). Insbesondere hält das Demokratieprinzip nun auch endlich in der Wirtschaft Einzug: Demokratisch gewählte Gremien aus Unternehmensangehörigen, Kommunen und Konsumenten bestimmen das Wirtschaftsgeschehen mit.

Staat: Gerade in einer Gesellschaft mit großen Anteilen von Selbstorganisation sind hoheitliche Aufgaben zu erfüllen, und die Gesellschaft muss sich sinnvolle Rahmenbedingungen setzen. Diese Rahmenbedingungen werden nach wie vor durch den Staat umgesetzt, der nun aber demokratisch mitbestimmt ist. In diesem Modell finanziert sich der Staat teils direkt und teils über Steuern; er stellt Investitionsmittel für gesellschaftlich wünschenswerte Vorhaben zur Verfügung.

Oberhalb der heutigen Nationalstaaten soll es künftig eine globale Administration geben (ähnlich der UN, aber mit stärkeren Rechten und also wirksamer als heute). Sie sorgt für weltweite Umwelt- und Sozial-Mindeststandards und setzt die Ächtung bewaffneter Konflikte durch. Sie wacht also darüber, dass die weltweite Wirtschaftstätigkeit sozial- und naturverträglich wird.

Unternehmen: Im vorliegenden Alternativmodell sind Unternehmen selbstorganisierte Communities und Genossenschaften sowie auch staatliche und private Betriebe als Rest des bisherigen industriellen Systems. Nach wie vor finanzieren sich diese Wirtschaftseinheiten über Gewinne; die Vorfinanzierung geschieht mit zinsfreien Krediten oder (unentgeltlichen) Zuschüssen. Allerdings entfällt wie dargelegt die Möglichkeit der privaten Vereinnahmung von Rendite. Für den Umgang mit Überschüssen stehen mehrere Möglichkeiten offen: beispielsweise können Überschüsse anteilig an die öffentliche Hand umgelenkt werden (Kontrollmöglichkeiten anhand der Unternehmensbilanz wie heute). Auch eine allmähliche Umwandlung von Kapital in nichtrenditetragende Investitionsmittel ist denkbar („Kapitalneutralisierung“).

Zusammen mit der Kapitalrendite entfällt zugleich der Wachstumszwang und also der Verdrängungswettbewerb; das Arbeiten wird entspannter und stressfreier. Das vormalige Prinzip gnadenloser Konkurrenz kann den Prinzipien echter Kooperation

weichen. Eigeninitiative, Innovation und Kreativität unterliegen keiner Beschränkung – und vor allem nicht mehr dem Diktat des Profits.

Natürlich müssen auch künftig die Unternehmen am Markt bestehen: z.B. Produkte herstellen, welche die Menschen tatsächlich wollen. Sie weisen ihren Wirtschaftserfolg anhand einer Nachhaltigkeitsbilanz aus, welche die heutige Finanzbilanz um eine Sozial- und Ökobilanz erweitert. Je besser die Unternehmen in diesem Sinne wirtschaften, desto weniger Steuern zahlen sie und erhalten Vergünstigungen. Sie werden so zur Umorientierung angeregt (dadurch schwindet nicht etwa der Anreiz zum Wirtschaften, sondern es entsteht ein Anreiz zum menschenorientierten Wirtschaften). Der Schwerpunkt liegt nun auf langlebigen Gütern bei naturverträglichem Materialeinsatz sowie der Aufwertung vorhandener Produkte und der Verlängerung ihrer Nutzungsdauer. Große Unternehmen mit weltweit verteilten Wertschöpfungsketten werden auf Grund ihrer Nachhaltigkeitsbilanz weniger wirtschaftlich sein (z.B. umweltbelastende Transporte!). Dieses Anreizsystem begünstigt also eine Verlagerung der Wirtschaft zurück in die Region, ohne dass dabei der weltweite Handel zum Erliegen kommen müsste, wo er weiterhin sinnvoll ist.

Marktregeln: Der Markt ist nicht mehr das dominierende Instrument zur Produktion und Verteilung der Güter. Vielmehr regeln sich diese in vielen Fällen nun durch direkte Beziehungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern: z.B. Reproduktionsgenossenschaften, Gemeingutfertigung („Commons“, „Peer-Produktion“) usw.

Daneben existieren nach wie vor auch Märkte im heutigen Sinne, allerdings werden die bisher auf Kapitaleinsatz zugeschnittenen Marktregeln durch solche ersetzt, die den Einklang ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte zum Ziele haben. Letztere sind in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen umschrieben: Armut abschaffen, Hunger beenden, gesundes Leben für alle (auch für künftige Generationen). Bisherige marktwirtschaftliche Konzepte haben nicht den Nachweis erbracht, diese Ziele erreichen zu können. Auch wenn es hart klingt: Unsere Erde ist so stark beschädigt, dass wir weltweit ökologisch umsteuern müssen. Nötig ist zunächst ein Rückgang der weltweiten Industrieproduktion – und zwar so lange, bis der ökologische Fußabdruck wieder den Wert 1 erreicht. Dabei müssen zugleich grüne Technologien wachsen, und auch den heute wenig entwickelten Ländern muss eine industrielle Entwicklung zugestanden werden. Das alles unter einen Hut zu bringen, ist eine äußerst komplizierte Aufgabe, vor der allerdings jedes zukunftsfähige Modell steht, nicht allein das hier skizzierte.

Verteilung der Arbeit: Gesellschaftlich nützliche Arbeit besteht nicht nur aus Erwerbsarbeit, sondern ebenso aus Familienarbeit, Eigentätigkeit (urbane Subsistenz: z.B. selber reparieren) und ehrenamtlicher Arbeit. Weniger Erwerbsarbeit (z.B. 20-Stundenwoche) schafft Raum für diese wesentlichen Tätigkeitsfelder. Sie ermöglicht zugleich eine gerechte Neuverteilung der Erwerbsarbeit, so dass jeder, der möchte, eine Arbeitsstelle erhalten kann. Auch die notwendige Absenkung der Industrieproduktion auf ein umweltverträgliches Maß geht notwendig mit einer Reduzierung der Erwerbsarbeit in den Industrieländern einher. Der Ausgleich von Einkommenseinbußen erfolgt aus Teilen der nun nicht mehr abfließenden Kapitaleinkünfte, durch

Wegfall der Zinsanteile an den Preisen sowie durch eine Grundversorgung. Der Einzelne wird dabei nicht schlechter dastehen als heute.

Einkommen und Sozialordnung: Jeder Mensch verfügt über eine ausreichende Grundversorgung je nach gesellschaftlich gewünschter Ausgestaltung (z.B. bedingungsloses Grundeinkommen, negative Einkommenssteuer o.ä.). Beim Entgelt für Erwerbsarbeit wird eine Spreizung vom niedrigsten bis zum höchsten Tarif demokratisch durch die Gesellschaft vereinbart (z.B. 1:10 o.ä.), Bezüge oberhalb der so definierten Obergrenze sind nicht möglich. Das ist keine Gleichmacherei! Nach Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung war das reale Nettoerwerbseinkommen in Deutschland 2010 bei neun Zehnteln der Erwerbstätigen exakt 1 zu 10,2 gespreizt, nur das oberste Zehntel fiel wegen der exorbitanten Vergütung von Managern aus dem Rahmen. Unternehmer erhalten Unternehmerlohn, der sich aber ebenfalls an der Obergrenze orientiert.

Alle Menschen beteiligen sich an der Finanzierung des Sozialsystems gleichermaßen (Bürgerversicherung). Basis sind die Erwerbseinkommen, Einkommen aus Kapitaleinsatz gibt es nicht mehr. Beitragsbemessungsgrenzen entfallen, extreme Spitzeneinkommen wie heute gibt es nicht mehr. Die Unternehmen leisten weiterhin Sozialabgaben, allerdings bei steuerlichem Anreiz zum Schaffen von Arbeitsplätzen.

Lebensstil: Das persönliche Leben innerhalb der Gesellschaft wird in diesem Modell reicher. Es folgt nun der Maxime: ‚Was ist ausreichend?‘ und nicht mehr ‚So viel wie möglich!‘ wie zurzeit. Dem Güterreichtum folgt Zeitwohlstand („Suffizienz“) – und substanzielle Information statt bedarfsweckender Werbung. Das individuelle Verhalten unterliegt keinem Diktat, wohl aber Anreizen im Rahmen intelligenter Preisgestaltung (z.B. gestaffelte Energiepreise je nach Verbrauch sowie konsequentes Umlegen sozialer und ökologischer Folgekosten auf die Preise).

Fazit: Im so umrissenen Gesellschaftsmodell erbringen Geld- und Sachwerte keine Rendite mehr. Somit entfallen auch die oben genannten krisenhaften Folgeerscheinungen, die allesamt mit Anhäufung und Einsatz von Kapital verbunden sind. Die Merkmale der neuen Gesellschaftsformation erhalten Gesetzes- und Verfassungsrang, dabei sind Mindeststandards weltweit verbindlich. Die Mittel aus abgeschmolzenen Vermögen (nicht des kleinen Mannes sondern der Milliardäre!) wie auch jener Teil des Mehrwerts, der nicht mehr über Kapitaleinkünfte abfließt, stehen von nun an der Gesellschaft zur Verfügung. Damit kann sie Aufgaben finanzieren, die sich heute mangels rentierlicher Erwartung nicht „rechnen“, obwohl sie doch dringender wären als alles andere: Endlich wird für alle Menschen der Zugang zu Nahrung, Trinkwasser, medizinischer Versorgung usw. möglich. Endlich können Umweltschutzmaßnahmen wie bspw. die Entfernung von Plastikmüll in den Weltmeeren oder Aufforstung in Angriff genommen werden. Es entsteht im Grunde eine andere, eine dem Menschen zugewandte – eine lebenswertere Welt.

Hier noch einmal wesentliche Aspekte im Überblick:

Heutiger Zustand

Künftiger Zustand

Hauptziel des Wirtschaftens ist die Kapitalvermehrung, dazu dient die Bedarfsdeckung des zahlungsfähigen Teils der Gesellschaft. Den Mehrwert aus Wirtschaftstätigkeit vereinnahmen private Kapitalgeber.



Hauptziel des Wirtschaftens ist die Bedarfsdeckung aller Menschen. Der Mehrwert der Produktion kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Der Einsatz von Geld- und Sachwerten ermöglicht keine private Rendite.

Die Einkommen aus Erwerbsarbeit liegen teils extrem hoch (z.B. Managergehälter) und zugleich im unteren Einkommensbereich extrem niedrig. Die Einkünfte von Unternehmen und Kapitaleignern sind nach oben unbegrenzt.



Die Einkommen aus Erwerbsarbeit richten sich nach demokratisch vereinbarten Höchst- und Mindestbezügen. Kapitaleinkünfte sind nicht mehr möglich. Unternehmer erzielen Unternehmerlohn (maximal bis zu den Höchstbezügen).

Vermögen werden schrankenlos angehäuft und vererbt. Im Ergebnis besitzt 1 Prozent aller Menschen so viel wie die restlichen 99 Prozent: es kommt zu einer rasanten Fehlentwicklung der weltweiten Verteilung. Gemeingüter sind oft privatisiert.



Die Gesellschaft vereinbart demokratisch eine Vermögensobergrenze, oberhalb derer Vermögen gemeinnützigen Zwecken zufließen. Gemeingüter gehen zurück an die Gemeinschaft. Unterhalb der Obergrenze wird Privatvermögen voll respektiert.

Weder der Lebensstil noch die Produktion ist nachhaltig, die Umweltschäden steigen dramatisch. Unternehmen unterliegen einem Wachstumszwang und sind zum Verdrängungswettbewerb gezwungen: sie können nicht nachhaltig agieren.



Preisreize dämmen umweltschädlichen Konsum ein, der Anreiz zur nachhaltigen Tätigkeit von Unternehmen wird per Nachhaltigkeitsbilanz erreicht. Kein Erwirtschaften von Kapitalrendite mehr: der Zwang zu Wachstum und Verdrängungswettbewerb entfällt.

Viele Menschen befinden sich in einer Konsumspirale bei steigendem Zeitdruck (Übermaß an Konsumangeboten, Überstunden). Zugleich sind andere Menschen mangels Geld vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.



Es gibt genug für alle – aber ohne überbordenden Güterreichtum, stattdessen mehr Raum für Eigentätigkeit und Freizeit. Geringere Wochenarbeitszeiten bei Ausgleich der Einkommseinbußen.

Das Gelingen des Umbaus

Die dargestellte künftige Gesellschaft kann man sich eigentlich ganz gut vorstellen (und wie gesagt: dieses Modell ist nur eines von mehreren denkbaren). Weniger leicht vorstellbar ist dagegen, *wie* wir denn dorthin kommen wollen. Doch ohne solche Überlegungen, wie der Übergang in die neue Gesellschaft denn erfolgen soll („Transformation“), bleibt alles nur ein frommer Wunsch.

Hinsichtlich dieses Übergangs bekennt sich die Akademie unmissverständlich zu folgendem Grundsatz: *Keine (gewaltsame) Revolution*, keine Diktatur einer Partei oder Clique! Es geht um eine Umwälzung „in breitester Öffentlichkeit ... und *unbeschränkter Demokratie*“ (*Rosa Luxemburg*). Damit ist zugleich ein Zweites gesagt: Wir brauchen eine Mehrheit der Vernünftigen quer durch alle Schichten. Die entscheidende Voraussetzung für das Gelingen auf demokratischem Wege ist ein Bewusstseinswandel der Mehrheit. Dementsprechend sind Aufklärung und öffentliche Diskussion von größter Wichtigkeit. Die Menschen spüren es heute schon: es muss sich was ändern, und gewaltfreie Nichtregierungsorganisationen, Basisgruppen, Netzwerke und Bürgerinitiativen erheben ihre Stimme für Alternativmodelle. Ebenso wichtig sind praktische Projekte, innerhalb derer ein verändertes Bewusstsein schon jetzt gelebt und erprobt wird.

Und auch solche Projekte gibt es längst! Immer mehr Menschen schließen sich in Communities zusammen, um ganz ohne geschäftliche Absichten zu produzieren (z.B. freie Software-Projekte wie Linux und Firefox, Wikipedia, alternative Wohnprojekte). Immer mehr Menschen bemerken, dass Kooperation gut tut und dass sich Güter und Dienstleistungen kostengünstiger anbieten lassen, wenn der Aderlass der Renditen wegfällt. Genossenschaften (mit weltweit 800 Millionen Mitgliedern!), gemeinwohlorientierte Unternehmen, Tauschringe, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften: sie entstehen überall und verändern die Interessen und die Lebensweise der Beteiligten. Sie wachsen in Nischen des gegenwärtigen Systems und brauchen weiter nichts als die Übereinkunft der Beteiligten.

So werden alte und neue Formen eine Zeit lang nebeneinander bestehen. In dem Maße, wie es gelingt, politische Rahmenbedingungen schrittweise umzubauen, können gemeinwohlorientierte Formen für Unternehmen attraktiv werden und um sich greifen. Der Weg führt also zunächst über Umbauschritte, die allesamt den wirklichen Systemwechsel noch nicht erreichen, sondern nur Reformen bewirken. Denkbare Beispiele reichen vom Rückgängigmachen der Privatisierung kommunaler Einrichtungen bis zum Durchsetzen sozialer und Umwelt-Mindeststandards. Jede solche Maßnahme ist ein Schritt in die richtige Richtung (und ermöglicht obendrein die Erfahrung, dass wir tatsächlich etwas bewirken können). Aber ein Schritt über den Rubikon ist sie noch lange nicht. Denn schlussendlich müssen Mehrheiten ein menschendienliches System wollen, in dem die leistungslose Bereicherung keinen Platz mehr hat. Für ein solches System sind Neuerungen nötig („institutionelle Innovationen“), die bspw. die zentrale Forderung der Unterbindung jeglicher Rendite gesetzlich umsetzen. Das ist nicht leicht zu erreichen. Denn solche Neuerungen brauchen die Übereinkunft der *gesamten* Gesellschaft – z.B. zunächst europäisch und später international. Nationale Alleingänge gegen Kapitalinteressen sind in Zeiten des global handelnden Kapitals nur schwer möglich (Kapitalflucht, Wirtschafts-sanktionen, ...).

Das eigentliche Ziel – eine neue Gesellschaftsordnung – wird nach allem, was zu erwarten ist, erst bei einer zugespitzten Krisensituation erreichbar sein, die im Detail weder vorhersehbar noch planbar ist. Aber als unwahrscheinlich gelten muss sie nicht! Denn die Stabilisierungskosten des kapitalistischen Systems werden immer höher (z.B. Bankensystem, Sicherung der Zahlungsfähigkeit ganzer Staaten, Beherrschen der Migrationsströme). Zugleich lässt sich das systemnotwendige Wirtschaftswachstum immer schwerer aufrechterhalten und die Folgekosten ökologischer Schäden steigen ebenso wie die der Rohstoffgewinnung. So wird die Stabilität des Systems stetig geringer, bis es eines Tages nicht mehr gelingt, ein Überspülen des flacher werdenden Dammes zu verhindern: Das ist dann der Kipppunkt. Nur aus einem destabilisierten System heraus lässt sich eine neue Ordnung schaffen. Und so ähnlich wie Roosevelt seinen New Deal unter dem Schock der Großen Depression gegen alle Widerstände durchsetzen konnte, lassen sich nach solcher Krise dann hoffentlich auch die nunmehr nötigen Veränderungen durchsetzen. Jedoch nur – wiederum sei es betont –, falls die Ursachen der Krisen verstanden sind und eine Mehrheit von Menschen ein neues System tatsächlich möchte.

Wie wahrscheinlich ist nun dieses mehrheitliche Wollen? In Deutschland halten derzeit 65 Prozent der Menschen das heutige System für „immer noch am besten“. Doch 77 Prozent der gleichen Befragten wissen, dass die Reichen dabei immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Diese 77 Prozent werden bemerken, dass sie selbst es sind, die die Kapitaleinkünfte der Rentiers Jahr für Jahr bezahlen, z.B. über den Zinsanteil an den Preisen: bis zu einem Drittel der Preise für Güter und Dienstleistungen werden durch Kapitalkosten verursacht – bei Mieten noch weit mehr! Nach zurückhaltender Schätzung führt der deutsche Durchschnittshaushalt jährlich 5.000 Euro allein über die Preise an die Kapitaleigner ab. Wer keine ähnlich hohen Vermögenseinkünfte erzielt, ist Nettozahler und wird Jahr für Jahr geschochen!

Doch auch manche Kapitaleigner kommen längst ins Grübeln, denn die verhängnisvollen Folgen des Systems nützen wirklich niemandem! Es sind Geschäftsführer und Belegschaftsmitglieder gleichermaßen, die in solidarökonomischen Projekten arbeiten oder sich die Richtlinien der Gemeinwohlökonomie zu eigen machen. Es sind Kapitaleigner, die sich dem sozialen Unternehmertum anschließen oder eine höhere Besteuerung großer Vermögen fordern. Immer mehr Menschen aus allen Lagern bemerken, dass es nicht gut für sie selber ist, wenn es weitergeht wie bisher. Der Kapitalismus kann nicht anders, er vermag der selbst erschaffenen Not nicht Herr zu werden. Und dieses fortdauernde Unvermögen ist der eigentliche Nährboden für das Gelingen des notwendigen Umbaus.

Anhang: Häufige Fragen und Einwände

- **Warum keine Rendite: soll ein Kleinunternehmer keine 5% Gewinn haben dürfen?**

Bei einem Kleinunternehmen sind 5% wenig, bei einem Unternehmen mit Millionenumsatz sind 5% viel. Deshalb sollen Rendite-Prozente prinzipiell unterbunden werden. Der Kleinunternehmer kann sich als Unternehmerlohn nehmen, was er bisher als Gewinn hatte. Der Unternehmer mit Millionenumsatz aber kann das nicht mehr, denn bei ihm greift die Einkommens-Obergrenze.
- **Eine Obergrenze der Einkommen ist wie im Kommunismus und wäre gegen die Grundsätze der Leistungsgesellschaft!**

Es war nicht Stalin, sondern der amerikanische Präsident Roosevelt, welcher erklärte: Niemand soll mehr verdienen als 25.000 Dollar, was heute reichlich 200.000 Dollar im Jahr entspricht. Keiner hat ihn damals für verrückt gehalten (so Robert Reich). Vielmehr stellt sich gerade unter Leistungsgesichtspunkten die Frage, wieso ein Vorstandsgehalt beim Tausendfachen eines Lagerarbeiters liegt. Leistet ein Manager denn tausendmal mehr?
- **Das Unterbinden jeglicher Rendite verlangt einen zu großen Kontrollaufwand!**

Warum? Die gleichen Instrumente, mit denen Roosevelt 40 Jahre lang hohe Spitzensteuersätze auf Einkommen durchgesetzt hat, können auch das Prinzip Null-Rendite durchsetzen.
- **Gibt das nicht Mord und Totschlag, wenn den Reichen mittels Obergrenze ein Teil ihrer Vermögen abgeschmolzen werden soll?**

Im Moment erleben wir gerade, wie Mord und Totschlag weltweit zunehmen, weil die Umverteilung unterbleibt. Ohne Umverteilung kann es keine Befriedung geben. Nur Gerechtigkeit bringt Frieden hervor.
- **Weshalb soll der Kapitalismus überwunden werden? Wir haben doch in Deutschland keinen Kapitalismus, sondern Soziale Marktwirtschaft!**

Die deutsche Soziale Marktwirtschaft ist und war immer schon mit kapitalistischer Wirtschaftsweise verbunden (auch als sie den Namen noch eher verdiente als heute). Immer wurde von privaten Kapitaleignern Rendite vereinnahmt.
- **Das Vorhaben einer direkten Staatsfinanzierung muss Inflation verursachen!**

Muss es nicht, die künftige Zentralbank kann die Geldmenge direkter steuern als heute. Außerdem gibt es das längst: der Kauf von Staatsanleihen durch die EZB ist nichts anderes als direkte Staatsfinanzierung auf Umwegen.
- **Wenn heute privatisierte Ressourcen wie Bodenschätze wieder zu Gemeingütern werden sollen: wäre das nicht verfassungswidrig?**

Nein. Unser Grundgesetz schützt zwar privates Eigentum, verpflichtet es aber zugleich dem Wohle der Allgemeinheit und sieht, wo dies nicht gewährleistet ist, ausdrücklich die Vergesellschaftung vor (Artikel 14 und 15 GG). Substanzverzehr nach privaten Profitgesichtspunkten dient nicht dem allgemeinen Wohl.

- **Die extreme Armut in vielen Ländern der Erde ist eine Folge von Korruption und Misswirtschaft. Man muss zur Bekämpfung dieser Armut nicht den Kapitalismus abschaffen, sondern vor Ort die Wirtschaft in Schwung bringen!**
Selbstverständlich brauchen diese Länder dringend wirtschaftliche Entwicklung. Die aber muss zulasten der Wirtschaftstätigkeit in den entwickelten Ländern gehen. Denn in der Summe darf die weltweite Wirtschaftsleistung nicht steigen, sondern sie muss solange fallen, bis die Umweltbelastung wieder aus dem roten Bereich heraus kommt. Und dieses Absenken ist mit Kapitalismus nicht zu machen.
- **Was das Akademie-Modell vorschlägt: das ist Staatskapitalismus!**
Nein. Auch im Staatskapitalismus ist alles Handeln dem Renditedenken unterstellt (nur wird die Rendite staatlich – d.h. von einer Polit-Clique – vereinnahmt). Im Akademie-Modell dagegen gibt es keine Rendite mehr. Bedarfsdeckung ist hier das Ziel, nicht Rendite.
- **Kredite für gesellschaftlich wünschenswerte Vorhaben, die zinsfrei sind oder nicht rückgezahlt werden müssen: das ist Staatssozialismus!**
Nein, das gibt es auch im herrschenden System, z.B. zinsfreie KfW-Kredite und Subventionen; allerdings sind die heute oft bizarr, z.B. EU 2011: 35 Mrd. Euro Subventionen für nukleare Anlagen sowie 66 Mrd. für fossile Kraftwerke...
- **Es stimmt gar nicht, dass die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung nicht funktioniert! Die EU-15-Länder weisen von 1973 bis 2000 eine nahezu konstante Ressourcennutzung bei trotzdem linear wachsendem BIP aus (Wuppertal Institut).**
Der Grund für diese scheinbar gute Nachricht ist die Verlagerung der Industrie in andere Teile der Welt. 1961 wurden in Deutschland noch 55,7% des BIPs durch materielle Produktion erwirtschaftet. 2011 aber waren es nur noch 26,2% (Großbritannien 16,5%, Frankreich 12,6%). Die zitierten Daten 1973 bis 2000 müssen in diesen Zusammenhang gestellt werden. Trotz Deindustrialisierung ist in Europa also der Ressourcenverbrauch nicht gesunken! Der Grund liegt im gesteigerten Konsum.
- **Es gibt doch kaum noch Wirtschaftswachstum und also auch kaum noch daraus resultierende Umweltprobleme: 1953 hatten wir in Deutschland ein Wirtschaftswachstum von 9%, heute nur noch um 1%!**
Dieser Trugschluss taucht immer wieder auf. Die deutsche Wirtschaft wächst (von kurzen Schwankungen abgesehen) in Absolutwerten linear immerzu gleich! Das BIP lag 1953 bei 325 Mrd. und 2015 bei 3.026 Mrd. Euro, das ist 9,3 Mal mehr als 1953! Das relative Wachstum aber (die Wachstumsrate in Prozent) muss aus mathematischen Gründen bei linearem Wachstum ständig fallen. Eine gleichbleibende Wachstumsrate würde exponentielles Wachstum bedingen.
- **Ist das weltweite Anwachsen der Industrialisierung im 20. Jahrhundert wirklich so groß gewesen, dass es zu Schäden am Ökosystem führen musste?**
Ein verlässlicher Gradmesser industriellen Wachstums ist die jährliche Rohstahlproduktion (gekoppelt an diese wachsen auch die meisten anderen Segmente). Sie ist weltweit zwischen 1900 und 2012 von 28 auf 1.548 Millionen Tonnen gestiegen, das entspricht dem Faktor 55! Die Umweltschäden sind nicht verwunderlich...